Große Kreisstadt
Oelsnitz/Vogtl.

Niederschrift

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl.

Sitzungstermin:	Mittwoch, 02.04.2025		
Sitzungsbeginn:	18:02 Uhr	**Sitzungsende:**	21:33 Uhr
Sitzungsort:	Sitzungssaal Rathaus Oelsnitz/Vogtl., Markt 1, 08606 Oelsnitz/Vogtl.		

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschreiben:

Vorsitzender:

Schriftführer: Melanie Meise-Schmidt

Schriftführer

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Oberbürgermeister		
Mario Horn	*CDU*	

CDU-Fraktion		
Daniel Nötzold	*CDU*	
Andreas Schlotterbeck	*CDU*	
Sabine Albert	*CDU*	
Mike Eltermann	*CDU*	
Mandy Günnel	*CDU*	entschuldigt - privat
Silvio Liebender	*CDU*	entschuldigt - privat
Marion Schröder	*CDU*	

FOB-Fraktion		
Björn Fläschendräger	*FOB*	
René Buze	*FOB*	
Romy Jasinski	*FOB*	ist 19:27 Uhr gegangen
Peter Plaumann	*FOB*	
Tony Goldstein	*FOB*	
Ulrich Mahn	*FOB*	
Torsten Pinkes	*FOB*	

AfD-Fraktion		
Bianca Dehnhardt	*AfD*	
Tilo Dudek	*AfD*	entschuldigt - privat
André Hüttner	*AfD*	
Christina Hüttner	*AfD*	
Frank Burkhardt	*AfD*	

DIE LINKE / SPD - Fraktion		
Waltraud Klarner	*DIE LINKE*	
Thomas Körner	*SPD*	
Reiner Stöhr	*DIE LINKE*	

Verwaltung		
Anke Lippold		entschuldigt - privat
Andreas Bauer		entschuldigt - privat
Patric-Noell Ebert		
Hannes Schulz		
Torsten Stengel		

Peter Wollmann

Ortsvorsteher		
Andreas Georgi	*OR Hartmannsgrün*	entschuldigt - privat
Jan Mädler	*OR Görnitz-Raasdorf*	
Sven Willy Schmidt	*OR Taltitz*	entschuldigt - privat
Markus Schwab	*OR Oberhermsgrün*	entschuldigt - privat
Sindy Prager	*OR Planschwitz*	entschuldigt - privat

Keine Teilnehmergruppe	
Sabine Friesecke	0

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Eröffnung und Begrüßung	
2	Feststellen der Beschlussfähigkeit	
3	Bestätigung der vorliegenden Tagesordnung	
4	Bürgerfragestunde	
5	Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 13.11.2024	
6	Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 11.12.2024	
7	Beschluss über die Aufhebung der Ausschreibung zur Neuverpachtung der Schlossgaststätte auf Schloss Voigtsberg *Verfasser: Herr Schulz*	**2025/930**
8	Information auf Antrag der CDU-Fraktion zur Auswertung der Einnahmen aus Parkgebühren *Verfasser: Herr Schulz*	**2025/929**
9	Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. *Verfasser: Herr Stengel*	**2025/943**
10	1. Lesung Haushalt 2025 *Verfasser: Herr Stengel*	**2025/942**
11	Beschluss über die Vergabe von LOS 1 Elektroinstallation Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" *Verfasser: Herr Gladzinski*	**2025/941**
12	Beschluss über die Vergabe von LOS 3 Tiefbauleistungen Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" *Verfasser: Herr Gladzinski*	**2025/939**
13	Beschluss über die Vergabe von LOS 4 Baumeister- Rohbauarbeiten Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" *Verfasser: Herr Gladzinski*	**2025/940**
14	Bekanntgaben der Verwaltung	
15	Anfragen und Anregungen der Stadträte	

Nichtöffentlicher Teil

16	Information über die Beschaffung einer mobilen Geschwindigkeitsmessanlage *Verfasser: Herr Schulz*	**2025/931**
17	Bekanntgaben der Verwaltung	
18	Anfragen und Anregungen der Stadträte	

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Mario Horn, begrüßt die anwesenden Stadträte, die Bediensteten der Stadtverwaltung, die anwesenden Ortsvorsteher sowie die Vertreter der Presse und die anwesenden Gäste und stellt die form- und fristgemäße Einberufung der Sitzung fest.

2 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Mit 20 anwesenden Mitgliedern des Stadtrates ist Beschlussfähigkeit gegeben, die Sitzung wird somit eröffnet. Es fehlen drei Stadträte entschuldigt. Entschuldigt sind SR Günnel, SR Liebender und SR Dudek.

SR Jasinski hat angekündigt, die Sitzung um 19:30 Uhr zu verlassen.

Für die Unterzeichnung des Protokolls werden Stadtrat Pinkes und Stadtrat Schlotterbeck vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

3 Bestätigung der vorliegenden Tagesordnung

Gegen die mit der Einladung zugestellten Tagesordnung gibt es keine Einwendungen, sie wird einstimmig angenommen.

4 Bürgerfragestunde

Es gibt keine schriftlichen und mündlichen Anfragen der Bürger.

5 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 13.11.2024

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 13.11.2024 gibt es keine Einwendungen, es wird einstimmig genehmigt.

6 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 11.12.2024

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 11.12.2024 gibt es keine Einwendungen, es wird mit zwei Enthaltungen genehmigt.

7 Beschluss über die Aufhebung der Ausschreibung zur Neuverpachtung der Schlossgaststätte auf Schloss Voigtsberg

2025/930

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Ausschreibung zur Neuverpachtung der Schlossgaststätte auf Schloss Voigtsberg aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	23
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	20
Davon stimmberechtigt:	20
Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

8 Information auf Antrag der CDU-Fraktion zur Auswertung der Einnahmen aus Parkgebühren

2025/929

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Wirtschaftsförderer Wollmann sagt, dass schon im Dezember 2024 die Erträge aus den Parkgebühren vorgestellt wurden. Nun sind die Aufwendungen noch mit dargestellt. Er erklärt anhand einer Präsentation und der Vorlage.

Stadtrat Goldstein möchte wissen, ob die Bußgelder in der Auswertung mit enthalten sind.

Der Leiter der Finanzverwaltung erläutert, dass dort nur die Parkgebühren enthalten sind. Die Bußgelder werden separat behandelt und laufen auch unter einem anderen Produktkonto.

Stadtrat Goldstein wünscht eine Aufstellung der Bußgelder. Ebenso möchte er wissen, ob es zu den Parkgebühren ein erarbeitetes Konzept von einem Fremdunternehmen gibt.

Oberbürgermeister Horn sichert eine Zuarbeit der Aufstellung der Bußgelder zu. Er sagt, dass es vor ein paar Jahren einen Vortrag von der ehemaligen Ordnungsamtsleiterin Romy Illner zu dem Thema Parkgebühren gab.

Stadträtin Schröder sagt, dass die Auswertung so erfolgt ist, wie sie von der CDU gefordert war. Ein Anliegen von ihr ist es, die erste halbe Stunde Parkgebühren zu erlassen. Die CDU nimmt das zur Kenntnis und wird weiter überlegen, ob ein neuer Antrag dazu eingereicht wird in dem die kostenfreie erste halbe Stunde Parkgebühren mit aufgenommen werden.

Stadtrat Buze interessiert, wieviel Parkscheine gelöst werden. So kann gesehen werden ob die Preiserhöhung eine geringere Frequentierung erzeugt hat.

Wirtschaftsförderer Wollmann sagt, dass in der Präsentation im Dezember 2024 auf der Folie sechs die Anzahl der gelösten Parkscheine mit aufgeführt wurde. Dazu wurde auch ausgerechnet, wieviel „halbe Stunden Tickets“ insgesamt verkauft wurden.

Stadtrat Burkhardt sagt, dass die AfD-Fraktion Befürworter der Brötchentaste sind. Ihn interessiert, ob es mehr Kurzzeit- oder mehr Langzeitparker gibt.

Wirtschaftsförderer Wollmann antwortet, dass 69 Prozent der Parkenden den Tarif für 30 Minuten buchen.

Stadtrat Fläschendräger regt an, die Rückseite der Parkscheine als Werbefläche zu nutzen. Diese Idee wurde schon vorgeschlagen als die Parkgebührenerhöhung beschlossen wurde. Er fragt, ob es das noch kommen wird oder nicht.

Hauptamtsleiter Schulz antwortet, dass die Möglichkeit dies umzusetzen immer noch besteht. Bis jetzt gab es aber noch keine Anfragen von Firmen dazu.

Stadtrat Fläschendräger ergänzt, dass das ein Ergebnis der AG Finanzen war. Aus Sicht des Haushaltes ist es von Vorteil, wenn diese Flächen als Werbeflächen genutzt werden.
Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

9 Beschluss zur Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. 2025/943

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Stadtrat Fläschendräger möchte wissen, ob es Pläne für die kommenden Jahre gibt, die die Aufarbeitung weiter voranschreiten. Er bringt ein Beispiel aus dem Kreistag.

Oberbürgermeister Horn informiert, dass auch die Rechtsaufsicht des Vogtlandkreises nachfragt, wie es mit der Aufarbeitung vorangeht. Der Plan ist, zwei Jahresabschlüsse in einem Jahr abzuarbeiten. Der Rechnungsprüfer ist alleine und hat auch noch andere Aufgaben, aber es wird versucht an dem Plan festzuhalten.

Stadtrat Fläschendräger fragt, ob dieses Vorhaben noch in 2025 oder in 2026 startet.

Oberbürgermeister Horn antwortet, dass zwei Jahresabschlüsse schon immer das Ziel ist.

Der Leiter der Finanzverwaltung fügt an, dass der Rechnungsprüfer sich auch noch um die

Verwaltungsgemeinden kümmern muss, dort sind auch noch Jahresabschlüsse zu prüfen. Auch er hofft, dass es immer zwei Abschlüsse pro Jahr sind, er kann es aber nicht versprechen.

Stadtrat Plaumann interessiert, was die konkreten Maßnahmen dazu sind, um dieses Ziel zu erreichen. Wird dafür mehr Personal aufgestellt.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass mit aller Ernsthaftigkeit und mit allem Nachdruck an der Prüfung der älteren Haushalte gearbeitet wird. Mehr Personal wird dafür nicht aufgestellt. Der Stellenplan sieht einen Rechnungsprüfer vor.

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2016 der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl., einschl. Anhang und Rechenschaftsbericht, wird gemäß § 88c Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie nach Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung gemäß § 104 SächsGemO, durch den Stadtrat der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. wie nachstehend aufgeführt festgestellt:

in der **Ergebnisrechnung** mit

- einem ordentlichen Ergebnis von	1.939.618,04	Euro
- einem Sonderergebnis von	-364.786,65	Euro
- einem Gesamtergebnis von	1.574.831,39	Euro

Das Gesamtergebnis in Höhe von 1.574.831,39 Euro wird in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt. Eine Verrechnung mit dem Basiskapital erfolgt nicht.

in der **Finanzrechnung** mit

- einem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von	422.377,94	Euro
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit von	-277.952,95	Euro
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit von	-455.159,44	Euro
- einer Änderung des Finanzmittel-Bestandes im Haushaltsjahr von	-310.734,45	Euro

in der **Vermögensrechnung** mit

- einer Bilanzsumme von	83.642.953,98	Euro

Der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. vom 20. März 2025 über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2016 der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. wird zur Kenntnis genommen.

Die Hinweise aus dem Prüfbericht wurden zur Kenntnis genommen. Hieraus ergibt sich kein Anpassungsbedarf.

Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenlage der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	23
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	20
Davon stimmberechtigt:	20
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	5

10 1. Lesung Haushalt 2025 **2025/942**

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel trägt anhand einer Präsentation vor und verliest seine Aufzeichnungen: „Der Haushaltsplan 2025 ist weiterhin geprägt von der Wirtschaftskrise und der globalen Weltwirtschaft. Bereits zu Anfang 2023, 2024 war die Haushaltssituation der Stadt Oelsnitz/Vogtl. angespannt. Jedoch hat sich die Haushaltssituation zum Jahresende entspannt aufgrund der Mehrerträge aus der Gewerbesteuer. Der vorliegende Haushalt 2025 enthält gegenüber dem Haushaltsplan 2024 keine Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A sowie der Gewerbesteuer. Der Hebesatz für die Grundsteuer B wurde von 430% auf 440% in 2025 aufgrund der Grundsteuerreform angepasst. Hierzu verweise ich auf den Beschluss des Stadtrates vom 16.10.2024, in welchem die vorgenannten Hebesätze für 2025 beschlossen wurden. Des Weiteren wurden keine Gebühren erhöht, ebenso erfolgten keine Reduzierungen von Zuschüssen an Vereine und freie Träger. Der Ergebnishaushalt 2025 – 2028 schließt im Gesamtergebnis mit negativen Salden ab. Dieser kann durch Verrechnungen der Altabschreibungen mit dem Basiskapital teilweise ausgeglichen werden. Die verbleibenden negativen Gesamtergebnisse können durch Entnahmen aus den Rücklagen kompensiert werden. Es wurde mit Gewerbesteuererträgen in 2025 in Höhe von 5,6 Mio. Euro gerechnet. Mit diesen Gewerbesteuererträgen wird auch in den Jahren 2026 – 2028 gerechnet. Die allgemeine Schlüsselzuweisung ist abhängig von den Steuererträgen – und beträgt für 2025 2,5 Mio. Euro. Die Personalaufwendungen steigen von 9,3 Mio. Euro in 2025 auf 10,4 Mio. Euro in 2028 an. Die Kreisumlage hängt von der Steuerkraft der Kommune ab und beträgt in 2025 5,4 Mio. Euro.“ Auf der Folie vier ist die Entwicklung der Steuereinnahmen, die Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage dargestellt. Dort ist ersichtlich, dass die Steuererträge in 2022 16 Mio. Euro waren. Für 2025 werden Steuereinnahmen von 11,4 Mio. Euro erwartet. Die allgemeine Schlüsselzuweisung ist abhängig von der Steuerkraft, da wird für 2025 2,5 Mio. Euro gerechnet. Die Kreisumlage ist in jedem Jahr gestiegen und beträgt aktuell circa 5 Mio. Euro. Des Weiteren ist die Entwicklung der allgemeinen Schlüsselzuweisung und die Entwicklung der investiven Schlüsselzuweisung dargestellt. Auf Seite sieben ist die Deckungslücke zwischen Erträgen und Aufwendungen der Kindertagesstätten dargestellt. Dabei ist ersichtlich, dass immer eine Lücke ist, die durch die Stadt getragen wird. Auf der nächsten Folie ist die Entwicklung der Kreisumlage dargestellt, diese steigt kontinuierlich nach oben. Für 2027/2028 hat er ausgerechnet, dass ein Prozent der Kreisumlage reduziert. Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel verliest weiter seine Auszeichnungen: „Der Finanzhaushalt entwickelt sich wie folgt: Der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltung beträgt in 2025 -3,2 Mio. Euro, in 2026 -2,2 Mio. Euro, in 2027 -1,3 Mio. Euro und in 2028 -1,4 Mio. Euro. Der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit beträgt in 2025 1,5 Mio. Euro. Der Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit beträgt in 2025 -0,6 Mio. Euro. Es sind in den Haushaltsjahren 2026 – 2028 neue Kreditaufnahmen geplant. Es besteht für jedes Jahr ein Zahlungsmittelbedarf. Für 2025 beträgt der Zahlungsmittelbedarf -2,4 Mio. Euro. Die freiwilligen Leistungen betragen in 2025 circa 1,3 Mio. Euro. Darin enthalten sind 0,7 Mio. Euro Zuschuss an die Oelsnitzer Kultur GmbH. Die Auszahlungen für Instandhaltungen betragen in 2025 2,1 Mio. Euro und für Investitionen 2,2 Mio. Euro.“ Auf der Seite 12 sind die größten Investitionen dargestellt und wie diese sich zusammensetzen. „Die größten Investitionen 2025 sind für die Komplettsanierung der Grundschule „Am Stadion“ (Stadtumbau und EFRE) mit 0,5 Mio. Euro, Ausstattung Kita und Schulen mit 0,5 Mio. Euro und Zisterne Kunstrasenplatz (EFRE) 0,4 Mio. Euro geplant.“ Die anderen Investitionen sind auf Seite 12 der Präsentation dargestellt. „Es sind zum 31.12.2024 liquide Mittel in Höhe von 2,6 Mio. Euro vorhanden. Die Rückstellungen belaufen sich für 2025 auf 0,8 Mio. Euro und reduzieren sich bis 2028 auf 0,7 Mio. Euro. Am Ende 2025 plant die Stadt mit liquiden Mitteln von 0,2 Mio. Euro. Ab 2026 sind keine liquiden Mittel mehr vorhanden. Die Gesetzmäßigkeit des Haushaltes nach § 72 Abs. 3 und 4 SächsGemO stellt sich wie folgt dar: Der Ergebnishaushalt kann nur durch Verrechnungen und der Entnahme aus Rücklagen der Vorjahre ausgeglichen werden. Weiterhin ist aus dem Zahlungsmittelsaldo aus der laufenden Verwaltung die ordentliche Kredittilgung zu erwirtschaften. Diese ordentliche Kredittilgung kann in den Jahren 2025 – 2028 nicht erwirtschaftet werden. Jedoch können liquide Mittel zum Ausgleich des Finanzhaushaltes genutzt werden, wenn am Jahresende des jeweiligen Jahres ein positiver Bestand an liquiden Mitteln vorhanden ist. Dieses ist im Jahr 2025 erfüllt. Ab 2026 hat die Stadt Oelsnitz/Vogtl. mit dem Haushaltsplan 2026 ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen. Für dieses Haushaltskonsolidierungskonzept wurden im Haushaltsjahr 2025 20.000 Euro eingeplant. Von der freiwilligen Haushaltskonsolidierung sind noch folgende Punkte abzuarbeiten: Bürgerhäuser und Prüfung

und Neuberechnung der Gebühren. Folgende Risiken bestehen im städtischen Haushalt: Ausfall Gewerbesteuer; Ausfall Grundsteuer aufgrund der Grundsteuerreform (Messbeträge, Wiedersprüche, etc.); noch nicht verabschiedetes FAG im Landtag – eventuell Zuweisungen des Landes die gekürzt werden könnten; Entwicklung Kreisumlage; steigende Baukosten."

Oberbürgermeister Horn ergänzt, dass der Haushalt genehmigungsfähig ist, aber dennoch nicht gut ist. Die Ausfinanzierung der Kommunen ist Landes- und Deutschlandweit nicht mehr gegeben. Grundsätzlich besteht da Handlungsbedarf. Es ist wichtig und richtig ein freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept in diesem Jahr schon durchzuführen. Er äußert, dass ein Einnahmeproblem nicht besteht, aber ein Ausgabenproblem schon, wobei sich die Einnahmen noch optimieren lassen. Bei dem Haushaltskonsolidierungskonzept wird jede einzelne Position hinterfragt.

Stadträtin Klarner möchte wissen, ob bei den Vorbereitungen für den Haushalt 2025 schon in den Abteilungen über Einsparungen gesprochen wurde.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass bei der Aufstellung des Haushaltes die Fachämter dazu aufgerufen wurden, ihre Ansätze ordentlich zu planen. Wenn Erträge erhöht oder reduziert wurden, sind Gespräche mit den entsprechenden Ämtern geführt wurden. Aber dieses reicht nicht aus, um den Haushalt wieder in die richtigen Bahnen zu lenken.

Stadträtin Klarner schlägt vor, dass jemand von außerhalb sich das mal anschauen sollte.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass die 20.000 Euro für die Vergabe eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes ausreichen.

Stadtrat Buze äußert, dass die Situation sich jährlich dramatisch verschlechtert. Eine Kreditaufnahme von über 7 Mio. Euro soll die Rettung für die nächsten Jahre sein, aber die aktuellen Kredite können jetzt schon nicht mehr durch die Einnahmen getilgt werden. Ihn interessiert, wie die Kredittilgungen plus Zinsen und einer jährlichen Neuverschuldung bezahlt werden sollen. Er vergleicht den Haushalt von 2016 und sagt, dass sich die Personalkosten in der Zeit verdoppelt haben. Die FOB-Fraktion hat dies schon oft angesprochen, aber seit Jahren wird dazu nicht reagiert. In der jetzigen Situation wird über die Hälfte der Einnahmen für städtisches Personal ausgegeben. Wenn so weitergearbeitet wird, sieht er darin keine Lösung für die Zukunft. Er möchte wissen, ob die Einnahmen aus dem Verkauf der Flächen des neuen Gewerbegebietes Am Bahnhof wieder mit eingepreist sind. Er gibt vor, dass dort keine Flächen verkauft werden.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass in 2019 ein Kredit in Höhe von 1,9 Mio. Euro zu einem Zinssatz von 0,35 Prozent aufgenommen wurde. Bis jetzt wurde kein weiterer Kredit aufgenommen, somit wird die Verschuldung kontinuierlich abgebaut, das ist auch im Vorbericht des Haushaltes nachzulesen. Er bestätigt, dass auch in diesem Jahr der Verkaufserlös des Gewerbegebietes in Höhe von 1,4 Mio. Euro wieder mit eingeplant ist, obwohl das im letzten Jahr auch schon mit eingeplant war. Er kann nicht vorhersagen, ob die Erträge wirklich kommen werden. Alle außenstehenden Forderungen werden eingefordert, dabei ist die Zahlungsmoral von einigen Personen nicht immer gewährleistet. Für das geplante Haushaltkonsolidierungskonzept wurden aus dem Haushaltskonsolidierungskonzept von 2017 die Bürgerhäuser und die Neuberechnungen der Gebühren übernommen. Ab 2026 wird es ein Pflichthaushaltskonsolidierungskonzept geben, nicht mehr freiwillig. Es muss von außerhalb darauf geschaut werden, wo Aufwendungen gespart und Erträge generiert werden können.

Oberbürgermeister Horn ergänzt, dass sich vor zwei Jahren intensiv mit dem Thema Personal auseinandergesetzt wurde. Dabei wurde sich auf ein Personalkonzept verständigt. Die Personalkosten steigen konstant, weil die Mitarbeiter dem TVöD unterliegen. Die Löhne entscheidet nicht die Stadt Oelsnitz/Vogtl. sondern diese werden zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften ausgehandelt.

Stadtrat Plaumann fragt nach zum Thema Zinsen und sagt, dass im Jahr 2025 mit 70.000 Euro geplant wird und im Jahr 2028 sind es bereits 110.000 Euro. Das nimmt sehr viel vom Kapital

weg. Er hat eine Frage zum Haushaltwirtschaftsplan 2024 und zitiert einen Passus auf Seite zwei. Er möchte wissen, wo der Finanzmittelfehlbetrag mit hinzuzurechnen ist.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass eine Ergebnisrechnung zu machen ist, da kommen die -3,7 Mio. Euro her. Dort rein kommen die ganzen Abschreibungen, die Zahlungen die unwirksam sind. In dem Finanzmittelbestand ist aufgeführt was an Einzahlungen und Auszahlungen erfolgt ist. In 2024 wurde mit einem Liquiditätsbestand von 6,5 Mio. Euro gerechnet. Da war der Finanzbedarf -3,6 Mio. Euro, das ergibt einen Liquiditätsbestand von 2,6 Mio. Euro. Er äußert, dass er einmal im Vierteljahr eine Auswertung über die Entwicklung des Finanzhaushaltes an die Stadträte versendet. So kann jeder sehen, wie sich die liquiden Bestände entwickeln.

Stadtrat Plaumann fährt mit seinen Fragen fort. Er sagt, dass unter dem Punkt Gebäudemanagement Rücklagen für Gebäude aufgeführt sind. Er möchte wissen, ob es dafür Instandhaltungsrücklagen gibt oder wie dieses finanziert wird.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass es keine Instandhaltungsrücklagen gibt, eine Verpflichtung dafür gibt es nicht. Er äußert, dass für den barrierefreien Umbau des Einwohnermeldeamtes ein Planer beauftragt wurde. Für einen Umbau gibt es keine Fördermittel, die Kosten trägt die Stadt allein.

Stadtrat Plaumann fügt an, ob diese Kosten schon mit eingeplant oder zurückgelegt sind.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel antwortet, dass alles was Instandhaltung oder Investitionen sind, die nicht über Fördermittel generiert werden, werden aus Eigenmitteln bezahlt und reduzieren den liquiden Bestand.

Stadtrat Plaumann möchte wissen, was unter der Bereitstellung der Straßen, Wege und Plätze gemeint ist. Sind die Kosten auf dem Laufenden zu zahlen.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel klärt auf, dass darunter sämtliche Unterhaltungen der Straßen fallen, die nicht Straßenreinigung oder Winterdienst sind. Es gibt einen Instandhaltungs- und Investitionsplan, dieser ist als Anlage an den Haushalt angefügt. Darauf ist ersichtlich, wieviel in diesem Jahr investiert und instandgesetzt werden soll. Dieses muss immer mit vorgelegt werden. Zusätzlich vier weitere Planjahre.

Stadtrat Plaumann interessiert, ob die Erhöhung der Personalaufwendungen in 2028 mit 10 Mio. Euro ausreichen, bei den immer wiederkehrenden Tarifverhandlungen.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel informiert zu den aktuellen Tarifverhandlungen. Die aktuellen Lohnsteigerungen sind mit eingeplant. Ebenfalls eingeplant ist, dass bei den Mitarbeitern Stufenerhöhungen anstehen. Er vergleicht andere Städte und sagt, dass dort mitunter die Personalaufwendungen geringer ausfallen, weil die Personalaufwendungen der Kindertagesstätten und dem Hort von der Stadt Oelsnitz/Vogtl. getragen werden. In anderen Städten ist dieser Kostenfaktor bei den Transferauszahlungen mitberücksichtigt.

Stadtrat Plaumann fragt, warum die Mieteinahmen in den Folgejahren runter gehen. Sind diese Zahlen geschätzt, angenommen oder wodurch ändern sich diese Zahlen.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel kann dazu momentan keine Antwort geben, wird diese aber allen Stadträten zuarbeiten.

Stadtrat Plaumann möchte wissen, was unter dem Punkt „Sonstige Geschäftsaufwendungen“ auf der Seite 12 zu verstehen ist.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel gibt Antwort und sagt, dass sich das aus vielen Produkten zusammensetzt. Er bietet an, eine Einzelaufstellung zu erstellen, aber momentan kann er dazu nichts sagen. Er wird es allen Stadträten in der nächsten Woche schriftlich zuarbeiten.

Stadtrat Plaumann will wissen, was unter „Instandsetzung, Infrastruktur, Vermögen nach Hochwasser“ auf Seite 13 zu verstehen ist.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass das zwei Baumaßnahmen sind. Er verweist dazu auf den Instandhaltungsplan, der dem Haushalt mit beiliegt. Hierbei handelt es sich um die Schönecker Straße und die Raasdorfer Straße, die unter Hochwassermitteln wiederhergerichtet werden. Dazu gibt es Beschlüsse, die wurden auch im Stadtrat schon vorgestellt. Bei einem Hochwasser gibt es eine Pauschalförderung in Höhe von insgesamt 490.000 Euro. Darin sind Fördermittel für den Mittelweg und andere Straßeninstandsetzung enthalten gewesen. Die hier aufgeführten Mittel sind die restlichen Fördermittel die über das Hochwasser für die beiden Straßen noch angesetzt sind.

Stadtrat Plaumann ergänzt, dass die Fördermittel aufgebraucht sind und der Rest von der Stadt finanziert wird. Er hat eine weitere Frage zur Seite 13 unter dem Punkt „Entnahme aus Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“. Dazu möchte er wissen, wo die Rücklagen dafür herkommen.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel gibt Auskunft, dass die Rücklagen wie in 2016 gewesen sind. Aus den positiven und negativen Gesamtergebnissen, die sich über die Jahre entwickelt haben, kann etwas aus den Rücklagen herausgenommen oder in die Rücklagen einstellt werden. Im Ergebnishaushalt sind Altabschreibungen mit enthalten, die über die Eröffnungsbilanz kommen. Es wurde festgestellt, dass die meisten kommunalen Haushalte nicht die Abschreibungen erwirtschaften. Der Gesetzgeber gibt also die Möglichkeit, dass die Altabschreibungen gegen das Basiskapital verrechnet werden die dann das Basiskapital reduzieren. Diese Rücklagen müssen von den Jahren, die bis jetzt aufgestellt wurden, fortentwickelt werden. Deshalb ist der Ergebnishaushalt durch Rücklagen gedeckt. Er bietet an, auch dazu eine Aufarbeitung zu erstellen und den Stadträten mit zukommen zu lassen.

Stadtrat Plaumann fragt, wie lange dieser noch gedeckt ist und wie hoch die Rücklagen tatsächlich sind.

Der Leiter der Finanzverwaltung kann dazu keine Aussage treffen, will aber auch das zuarbeiten. Er sagt, wenn die Ergebnisse weiter so sind, werden ab 2029 keine Rücklagen mehr vorhanden sein.

Stadtrat Plaumann fragt unter „Übersichten über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen 2025“ auf Seite 1 unter „Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses“ nach. Ist darunter die Einpreisung des Verkaufs der Fläche des neuen Gewerbegebietes.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel beantwortet, dass das das Sonderergebnis auf die Steigerung von 2024 auf 2025 ist. Es gab eine Rücklage für Schloß Voigtsberg. Vom Vogtlandkreis wurde jedes Jahr eine Summe in Höhe von 112.000 Euro an die Stadt gezahlt. Diese Summe konnte für Instandhaltungen genutzt werden. Alles was darüber nicht genutzt wurde, musste in die Verbindlichkeit eingestellt werden. Die Zweckbindungsfrist für Schloß Voigtsberg ist in 2024 abgelaufen, so konnte dies im außerordentlichen Ergebnis als Ertrag ausgebucht werden.

Stadtrat Plaumann fügt an, dass für Januar und Februar 2025 die Zahl konstant bleibt. Er hat weitere Fragen zu den einzelnen Gesellschaften. Ist zu erwarten, dass die einzelnen Gesellschaften tatsächlich mit dem Finanzbedarf und Ergebnis im Jahr wieder auskommen wie es bisher war. Unter verschiedenen Bilanzen werden negativere Beträge ausgewiesen, als in den Jahren vorher. Ist dieses in der zu erwartenden Bilanz schon miteingerechnet. Er sieht die Prognosen etwas kritischer.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel verweist Stadtrat Plaumann dazu an die Geschäftsführer. Die Wirtschaftspläne sind durch den Aufsichtsrat beschlossen wurden. Ein einziger Zuschuss wird an die OKG bezahlt. Die Unternehmen sind angehalten, dass über ihre Umsatzerlöse wieder zurück zu erwirtschaften.

Stadträtin Dehnhardt interessiert, ob bei der Gewerbesteuer die zu erwartenden Rückzahlungen bereits mit eingespeist sind.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass er vom SMI eine Vorgabe bekommt, dass mit Gewerbeeinnahmen in 2024 von 120 Prozent zu rechnen ist. Das muss aber auf die Gegebenheiten eingeplant werden. Bis Jahresende rechnet er mit 5,6 Mio. Euro.

Stadträtin Schröder sieht den Haushalt kritisch. Kurzfristig wird sich die Situation nicht ändern, auch mit der Konsolidierung in zwei Jahren nicht. Einnahmen und Ausgaben müssen berücksichtigt werden. Es müssen kleine Möglichkeiten genutzt werden um mehr Einnahmen zu generieren. Das sollte höchste Priorität erhalten. Auch bei der Suche nach Investoren für Immobilien und Grundstücken sollte intensiver daran gearbeitet werden. Freiwillige Leistungen wie die Essensversorgung der Kinder oder die Unterstützung der Musikschule sollten aber beibehalten werden und auch die Kultur GmbH sollte weiterhin finanziell unterstützt werden. Sie spricht die Tariferhöhungen des öffentlichen Dienstes an, dass kann kaum noch eine Verwaltung abfedern. Sie erwähnt zum Punkt „Investitionsplan für 2028“ die Eisenbahnunterführung und fragt, ob das so eintreten wird oder ob das noch nicht feststeht.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass das schon vor zwei Jahren geplant war und sich jährlich verschiebt. Nach Eisenbahnkreuzungsgesetzt muss die Deutsche Bahn sich dazu mit der Stadtverwaltung in Verbindung setzen. Die Stadt muss sich dann an das Land wenden und die Förderungen über das Eisenbahnkreuzungsgesetz beantragen.

Stadträtin Schröder möchte außerdem wissen, was es mit der Sanierung der Brücken Plauensche Straße / Alte Bahnhofstraße / Brückenstraße auf sich hat und was dort gemacht werden muss.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass das geschätzte Zahlen sind. Es ist eingeplant, aber ob das so kommt ist ungewiss.

Stadträtin Schröder fragt, was die größere Summe bei der Straßenerneuerung 2025 bedeutet.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass das ein Pauschalbetrag ist, der ist in jedem Jahr aufgeführt. Alles was unter Instandhaltungen läuft, wird über die Straßenbeleuchtung über den Lichtpunktpreis bezahlt. Alles was investiv ist, trägt die Stadt.

Stadträtin Schröder interessiert der Punkt „Instandhaltung Zöphisches Haus“ und möchte wissen, ob in den nächsten Jahren größere Probleme anstehen.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass es einen Instandhaltungsplan gibt. Dort ist für jedes Gebäude etwas aufgeplant, darauf ist ein großer Deckungskreis. Es ist ein historisches Gebäude, da ist ungewiss, was an Kosten entstehen wird. Irgendwann wird es mit in den Haushaltsplan aufgenommen.

Stadträtin Schröder fragt, was bei der „Instandhaltung Rathaus Vordergebäude“ geplant ist. Sie interessiert sich, was konkret unter dem Punkt „Instandhaltung Schloß Voigtsberg“ zu verstehen ist.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel will die Antwort zur Instandhaltung Rathaus Vordergebäude zuarbeiten. Bei Schloß Voigtsberg sind unter dem 20.000 Euro kleinere Reparaturen, wie Beispielsweise ein neuer Teppich, zu verstehen. Unter den 30.000 Euro sind die allgemeinen Instandhaltungen für das Schloss gemeint.

Stadträtin Schröder möchte wissen, was bei dem Punkt „Instandhaltung Haus der Vereine“ noch gemacht werden muss.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel möchte die Antwort gerne zuarbeiten.

Stadträtin Klarner sagt, dass die freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu geben sind. Sie bittet aber darum, die 700.000 Euro, die für die Kultur GmbH bezuschusst werden, so

beizubehalten.

Oberbürgermeister Horn erklärt, dass in den freiwilligen Leistungen neben dem Zuschuss an die Kultur GmbH auch die Unterstützung der Musik, des Sportes und die Unterstützung des Ehrenamtes enthalten sind. Bei Einsparungen sollte dort mit großer Sorgfalt drüber geschaut werden.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel ergänzt, dass die Stadt 718.000 Euro an die Kultur GmbH bezahlt, davon werden circa 125.000 Euro als Betriebskosten wieder an die Stadt zurückgezahlt. Als Aufwand wird der Zuschuss aufgezeigt und als Ertrag gelten dann die Betriebskosten. An dem Zuschuss hängen Kulturraummittel, das muss abgeleistet werden. Er erklärt die Zuweisungen und Zuschüsse. Die Stadt erhält einen Landeszuschuss in Höhe von 579.000 Euro, dieser Zuschuss wird weiterverwendet um dem OVV Betriebskosten in Höhe von 900.000 Euro zu zahlen.

Stadtrat Plaumann teilt die Meinung von Stadträtin Schröder und dem Oberbürgermeister, dass ein Ausgabenproblem besteht. Er hat in der Haushaltsaufstellung keine wesentliche Investition gefunden, die dazu führt, dass die Stadt mehr einnehmen kann. Er fragt sich, ob es nicht besser ist, sich dazu in den nächsten Stadtratssitzungen auszutauschen. Er rät, eine Kehrtwende in der Denkweise der Stadtentwicklung vorzunehmen, um die wesentlichen Dinge zu bewirtschaften, die gebraucht werden. In den letzten Jahren wurde über die Verhältnisse gelebt.

Oberbürgermeister Horn weist darauf hin, dass Investitionen getätigt werden, bei denen Fördermittel dahinterstehen.

Stadtrat Plaumann rät, auch wenn es Förderungen gibt, genau zu überlegen, ob Investitionen getätigt werden müssen. Am Personal oder an den sozialen Leistungen soll beibehalten werden.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel äußert, dass in einer Stadtverwaltung keine Umsatzerlöse generiert werden können wie in einem Unternehmen in der freien Wirtschaft. Er fügt hinzu, dass die Benutzungsgebühr der Sportstätten auf einen aktuellen Stand gebracht werden müssen, denn diese ist veraltet. Bei der EFRE Förderung bekommt die Stadt 13 Mio. Euro Fördermittel, die untersetzt sind.

Stadtrat Plaumann ergänzt, dass die Außendarstellung/ Vermarktung von Oelsnitz/Vogtl. nicht gut ist. Die Stadt ist nicht präsent. Er sagt, die Innenstadt ist gut zu bewohnen, die Verkehrsanbindung ist gut ausgebaut, die Stadt liegt relativ zentral in Deutschland, es gibt günstige Mieten, es gibt Arbeitsplätze, es gibt Kultur und es ist eine schöne Landschaft – alles was der Mensch zum Leben braucht.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel gibt vor, dass deshalb das Programm ZWK ins Leben gerufen wurde. Oelsnitz/Vogtl. braucht ein Leitbild. Er bringt ein Beispiel vom Sprach- und Kommunikationszentrum.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass an einem Leitbild schon gearbeitet wird.

Stadtrat A. Hüttner sagt, dass Oelsnitz/Vogtl. eine schöne und lebenswerte Stadt bleiben soll. Es muss versucht werden, auch kleinere Einnahmen zu generieren, es muss immer wieder nach Mitteln und Möglichkeiten gesucht werden, um Geld zu bekommen. Die Bürger der Stadt würden es verübeln, wenn die Mittel für die Kultur GmbH gekürzt werden würden. Die Konzerte werden auch von Bürgern die außerhalb von Oelsnitz/Vogtl. kommen, genutzt. Er bestätigt, dass der Haushalt schlecht ist, aber das ist überall in Deutschland der Fall.

Stadträtin Schröder gibt vor, dass die Investitionen die Oelsnitz/Vogtl. getätigt hat, nicht umsonst waren. Es wurden immer nur Projekte umgesetzt, wo es auch Fördermittel dazu gab. Sie findet die Außenwirkung von Oelsnitz/Vogtl. nicht schlecht. Der Wirtschaftsförderer bemüht sich, aber es ist noch ausbaufähig. Es muss eine Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Gewerbeverband und den Vereinen sein. Von einem Leitbild ist die Stadt noch weit entfernt. Sie schlägt vot, dass in jedem Stadtrat allgemeines der Stadt besprochen werden muss. Dies kann unter Anfragen und

Anregungen der Stadträte erfolgen.

Stadtrat A. Hüttner lobt Wirtschaftsförderer Wollmann.

Stadtrat Pinkes möchte wissen, wie die Optimierungsmaßnahmen unter dem Punkt „Einnahmen und Ausgaben“ aussehen sollen. Ebenfalls interessiert ihn, wie die Leitbilder aussehen sollen und ob eine Vorstellung derer möglich ist.

Oberbürgermeister Horn sagt aus, dass die Einsparmaßnahmen das Haushaltskonsolidierungskonzept bringen soll und das es ein Zusammenspiel von Stadtverwaltung und Stadträten ist. Zum Leitbild sagt er, dass dieses mit Beteiligung von außerhalb der Stadtverwaltung erbarbeitet wird. Es soll noch vor der Sommerpause dem Stadtrat vorgestellt und beschlossen werden.

Stadtrat Pinkes sagt, dass nach Antrag der FOB die AG Finanzen gegründet wurde und dass diese einmal im Quartal tagen soll. Gibt es dort konkrete Ergebnisse oder muss die Intention dazu verstärkt werden, damit die AG Finanzen öfter stattfindet. Er sieht keine Lösungsansätze.

Oberbürgermeister Horn antwortet, dass die AG Finanzen schon lange nicht getagt hat. Ein konkretes Ergebnis aus der AG ist die neue Anordnung der Parkgebühren und die Sondernutzungssatzung. Für die nächsten Sitzungen ist die Erhebung einer Vergnügungssteuer und die Sportstättenförderung geplant.

Stadtrat Pinkes fragt, ob es dabei um die Kürzung und Unterstützung der Sportvereine gehen wird.

Oberbürgermeister Horn sagt dazu, dass erst einmal nur diskutiert wird.

Stadtrat Pinkes fragt, ob seitens der Verwaltung Möglichkeiten zur Einsparung beim Personal gibt.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel kann dazu keine Aussage treffen und bittet Stadtrat Pinkes dazu im Sachgebiet Personal nachzufragen. Er hat nur die Zahlen reflektiert, die ihm zur Verfügung gestellt wurden. Er sagt, dass die Kinderzahlen nach unten gehen und äußert, dass es durchaus möglich ist, einen Kindergarten schließen zu müssen. Er kann es aber nicht sagen. Das wird nicht vom Land ausfinanziert. Bei den Schulen ist es so, dass die Lehrer vom Land gestellt werden. Die Stadt ist für die Gebäude zuständig.

Stadtrat Pinkes fügt an, dass in diesem Zuge auch das Personal der Verwaltung betrachtet werden sollte.

Stadträtin Dehnhardt möchte wissen, was ein rückständiger Grunderwerb ist.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel antwortet, dass zur Eröffnungsbilanz Grundstücke bilanziert wurden, wo Straßen über die Grundstücke darüberführen. Nach Gesetz ist die Stadt wirtschaftlicher Eigentümer dessen. Die Grundstücke sind aber noch in Bürgerbesitz. In der gleichen Position ist da ein rückständiger Grunderwerb gebildet. Dieser Betrag ist jedes Jahr gleichgeblieben. Maximal ist da etwas zugeführt wurden, aber davon ist noch nie etwa in Anspruch genommen wurden.

Stadträtin Schröder sagt, dass die AG Finanzen wieder öfter tagen muss. Das war im letzten Jahr zu wenig.

Stadtrat Burkhardt möchte wissen, wie der Stand des Verkaufs der Flächen am neuen Gewerbegebiet am Bahnhof ist.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass eine Fläche schon die Firma Vajona verkauft wurde. Die restlichen Flächen werden weiterhin vermarktet.

Stadtrat Flächendräger sagt, dass die Argumentationen zum Haushalt immer die gleichen sind. Er bringt als Beispiel eine Stadtratssitzung von 2021, wo ebenfalls der Haushalt das Thema war. Damals wurde der Beschluss gefasst, dass Bildung eine Investition in die Zukunft ist. Die Schule sollte zu Ende gebaut werden, auch wenn der Haushalt damals auch schon nicht gut aussah. Die Haushaltsituation hat sich in den Folgejahren wieder etwas entspannt, weil die Gewerbesteuereinnahmen doch höher waren, wie prognostiziert. Die Haushaltssituation in 2025 wurde schon in 2021 vorhergesagt. Es wurde immer gesagt, dass dann keine Rücklagen mehr vorhanden sind. Er vergleicht mit anderen Kommunen im Vogtlandkreis. Die Gewerbesteuereinnahmen sind in Oelsnitz/Vogtl. immer gleichbleibend. Zum Haushaltskonsolidierungskonzept bringt er ein Beispiel aus Reichenbach/Vogtl. Er gibt vor, dass in dieser Legislatur schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen, es geht um die Existenz der Stadt Oelsnitz/Vogtl. Er ist ein Befürworter der AG Finanzen. Diese hat bisher intensiv und konstruktiv gearbeitet. Er hätte sich gewünscht, dass die Haushaltssituation dort schon eher ein Thema gewesen wäre. Er rät, dass zu dem externen Haushaltskonsolidierungskonzept parallel ein freiwilliges Haushaltskonzept erarbeitet werden sollte. Er spricht auch die Bürgerhäuser und die Ortschaften an. Beispiele bringt er auch aus dem Vogtlandkreis. Er äußert, dass auch überprüft werden muss, ob die Aufstellung der Verwaltung noch zeitgemäß ist. Eventuell müssen Ämter umstrukturiert oder gar Aufgaben an den Vogtlandkreis abgegeben werden. Der Personalbedarf ist da, aber dieser ist in der Zukunft kaum noch finanzierbar. Er spricht auch die Nutzungsgebühr der Sportstätten an.

Stadträtin Jasinski verlässt die Sitzung um 19:27 Uhr.
Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

11 Beschluss über die Vergabe von LOS 1 Elektroinstallation Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" 2025/941

Oberbürgermeister Horn erläutert, dass es bei den Tagesordnungspunkten 11 bis 13 um die Vergabe des EFRE Projektes „Lebendiger Veranstaltungsort“ für die Vogtlandsporthalle geht. Er verliest den Tagesordnungspunkt 11 laut Vorlage.

Stadträtin Dehnhardt interessiert, ob die Stundenverrechnungspreise hinsichtlich eines möglichen Nachtrags mit eingerechnet sind.

Stadtbaumeister Ebert antwortet mit ja. Gibt eine Firma ein Angebot ab, ist diese verpflichtet ihre Kalkulation offen zu legen. Unter anderem wird der Stundenverrechnungssatz offengelegt. Dieses ist Kalkulationsgrundlage für eventuelle Nachträge die kommen könnten.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Loses 01 „Elektroinstallation“ zur Baumaßnahme Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" an die Firma Elektotechnik Plauen GmbH, Weststraße 63, 08523 Plauen mit einer Bruttosumme von 284.785,35 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	23
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	19
Davon stimmberechtigt:	19
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

12 Beschluss über die Vergabe von LOS 3 Tiefbauleistungen Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" 2025/939

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Stadtrat Schlotterbeck ist aufgefallen, dass das günstigste Angebot sehr stark von den übrigen Angeboten abweicht. Er möchte wissen wie das zu erklären ist. Außerdem äußert er, dass die ursprünglichen Kosten bei knapp 62.000 Euro lagen, wie kann es sein, dass die Angebote weit darüber liegen.

Stadtbaumeister Ebert kann nur mutmaßen was die Firma zu dem Angebot bewogen hat. Die Firma ist ortsansässig, es sind kurze Wege, die Situation vor Ort ist der Firma bekannt und die Firma ist dafür bekannt, dass die Preise moderat sind. Warum die anderen Angebote abweichen, kann er nicht sagen. Die Preisunterschiede sind durchaus so üblich.

Stadtrat Eltermann sagt, dass es auch noch andere Baufirmen in Oelsnitz/Vogtl. gibt. Es gibt noch die Firma UTR und der Oelsnitzer Bauservice GmbH. Für ihn stellt sich die gleiche Frage, wie für Stadtrat Schlotterbeck mit den großen Angebotsunterschieden.

Stadtbaumeister Ebert sagt, dass dies ordentlich im fairen Wettbewerb öffentlich ausgeschrieben wurde. Jede Firma konnte ihr Angebot dazu abgeben. Der Planer hat die Preise auch in dem Rahmen eingeschätzt.

Stadträtin Klarner fragt, ob der Planer die einzelnen Positionen verglichen hat und woher die Differenz kommt.

Stadtbaumeister Ebert antwortet, dass die Angebote im Einzelnen geprüft sind. Dabei wurde jede einzelne Position verglichen. Bei dem günstigsten Angebot gibt es keine Position, die nicht für das Geld gemacht werden kann.

Stadtrat Buze fragt, ob es eine Aufstellung aller aktuell vergeben Projekte im Vergleich zur Gesamtsumme gibt. Ist daraus ersichtlich, ob die restlichen Arbeiten noch abgedeckt sind und der Kostenrahmen noch eingehalten wird. Er wünscht eine Zuarbeit in die Fraktion FOB.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass die Aufstellung allen Stadträten zugearbeitet wird.

Stadträtin Schröder findet, dass die Arbeiten der Firma Ebersbach immer ordnungsgemäß ausgeführt werden. Sollte die Summe das Angebot übersteigen, dann ist es Pflicht der Stadtverwaltung das den Stadträten mitzuteilen.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass diese Information dann im Nichtöffentlichen Teil erfolgen wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Loses 03 „Tiefbauleistungen“ zur Baumaßnahme Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" an die Firma Erd- und Tiefbau GmbH Ebersbach, Talsperrenstraße 4, 08606 Oelsnitz/Vogtl. mit einer Bruttosumme von 67.595,88 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	23
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	19
Davon stimmberechtigt:	19
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

13 Beschluss über die Vergabe von LOS 4 Baumeister- Rohbauarbeiten Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" 2025/940

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Stadträtin Schröder möchte wissen, in welcher Zeitschiene alle Vergaben zur Vogtlandsporthalle abgearbeitet werden?

Stadtbaumeister Ebert sagt, dass im Mai 2025 gestartet werden soll.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Loses 04 „Baumeister- Rohbauarbeiten“ zur Baumaßnahme Vogtlandsporthalle "Lebendiger Veranstaltungsort" an die Firma Weis

Bauunternehmen WEBA Plauen GmbH, Kopernikusstraße 78, 08527 Plauen mit einer Bruttosumme von 141.639,75 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	23
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	19
Davon stimmberechtigt:	19
Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

14 Bekanntgaben der Verwaltung

Oberbürgermeister Horn informiert, dass am Montag, den 31. März 2025 mit der Straßenreinigung begonnen wurde. Dieses wird insgesamt drei Wochen andauern. Er lädt zum Ostermarkt auf den Marktplatz, der am 13. April 2025 ab 11 Uhr stattfindet, ein. Er gibt bekannt, dass bei einem Darlehen der Stadt Oelsnitz/Vogtl. über die DKB Bank der Festzins in Höhe von 2,54 Prozent zum 30. März 2025 abgelaufen ist. Eine Restschuld zum 30. März 2025 betrug 206.140,84 Euro. Für das Darlehen erfolgte eine Zinsprolongation für ein Jahr bis 30. März 2026, der Zinssatz hierfür beträgt nun 3,07 Prozent. Das Darlehen wurde von einem Annuitätendarlehen vierteljährliche gleiche Rate aus Zins und Tilgung in ein Tilgungsdarlehen eine vierteljährlich gleiche Tilgungsrate zuzüglich Zinsen umgewandelt. Die ursprüngliche Laufzeit wurde beibehalten, es folgte keine Laufzeitverlängerung. Am 30. März 2026 läuft für ein weiteres Darlehen bei der Sparkasse der Festzins ab. Dieses Darlehen, sowie das vorgenannte Darlehen der DKB Bank, für welches um ein Jahr der Zins prolongiert wurde, werden dann zu einem Darlehen zusammengefasst. Die planmäßige Restschuld beider Darlehen zum 30. März 2026 beträgt dann 482.900,00 Euro. Für dieses Darlehen erfolgt im März 2026 die Ausschreibung für eine neue Zinsbindung bis zum 30. Dezember 2030. Zu diesem Zeitpunkt sind die beiden Darlehen planmäßig völlig zurückgezahlt.

15 Anfragen und Anregungen der Stadträte

Stadträtin Schröder interessiert, was bei dem Treffen mit der Stadtverwaltung und den Ärzten rauskam.

Wirtschaftsförderer Wollmann gibt Auskunft zu diesem Treffen, dieses war Ende des letzten Jahres. Dort war das Ziel, dass ein erster Austausch zwischen den Ärzten und er Stadtverwaltung stattfindet. Mit dabei war auch die kassenärztliche Vereinigung und ein privater Anbieter von MVZ´s, dieser hat auch gleich sein Projekt vorgestellt. In Oelsnitz/Vogtl. gibt es circa 40 Ärzte. Es wurde auch über Probleme gesprochen. Die Stimmung war anfangs sehr negativ, der Druck der Ärzte ist sehr groß. Aktuell ist die Ärztelandschaft im Umkreis noch sehr gut. Doch bekannt ist, dass in 10 Jahren die Ärzte, die aktuell da sind, nicht mehr da sind. Im Gespräch ist eine Aufbruchstimmung entstanden, jeder möchte unterstützen. Frau Lohse vom Gymnasium war auch anwesend, denn diese soll den Kontakt zu den Absolventen, die in die medizinische Richtung gehen wollen, halten und sie für Oelsnitz/Vogtl. begeistern. Mit dem Vogtlandkreis wird aktuell gemeinsam eine Umfrage für die Hausärzte erarbeitet und soll im Mai an die Ärzte versandt werden. Seit dieser Woche erscheint eine Werbeanzeige auf den LED Leinwänden, dass Ärzte gesucht werden. Ein weiteres Treffen wird noch mit der Zahnärztekammer stattfinden. Die Zahnärzte sind nicht in der kassenärztlichen Vereinigung mit organisiert wie die anderen Ärzte.

Stadträtin Albert verlässt von 19:53 Uhr bis 19:57 Uhr die Sitzung.

Stadträtin Schröder fragt, ob die Gespräche weitergeführt werden.

Oberbürgermeister Horn bestätigt das und ergänzt, dass für Ärzte in der Stadt Parkerleichterungen geschaffen werden.

Stadträtin Klarner sagt, dass die Schaufenster des ehemaligen Kaufhauses in der Innenstadt sehr schlecht sind und fragt, ob die Stadtverwaltung etwas dagegen unternehmen kann.

Stadtrat Pinkes möchte wissen, wie der aktuelle Stand des Verkaufs der Flächen des Gewerbegebietes „Am Bahnhof“ ist. Ebenso interessiert ihn, ob es einen Termin für die Stiftungsversammlung der Bürgerstiftung Oelsnitz/Vogtl. gibt.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass es aktuell nur eine Anfrage zum Gewerbegebiet gibt. Im Ältestenrat wurde sich darüber verständigt, dass die Fraktionen noch Namen für die Stiftungsratsmitglieder nennen sollen. Vermutlich wird in der nächsten Stadtratssitzung darüber beschlossen.

Stadtrat Burkhardt sagt, dass auf der Bachstraße gegenüber von den Postschließfächern und gegenüber von der „Russendisko“ der Fußweg kaputt ist. Dieser ist wellig durch die darunterliegenden Wurzeln. Außerdem möchte er wissen, ob es zum Stand der Jakobikirche schon etwas Neues gibt.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass es zur Jakobikirche einen Förderverein gibt, der sich vor einem Jahr gegründet hat. Dort ist für kommenden Freitag eine Mitgliederversammlung geplant, dazu wird der beauftragte Architekt mit eingeladen. Dieser wird umfassend über alles berichten. Erst danach kann Oberbürgermeister Horn mehr berichten. Parallel sammelt aber auch die Kirche schon Spenden dazu ein.

Stadtrat Goldstein möchte wissen, warum die AG Finanzen so selten tagt.

Oberbürgermeister Horn antwortet, dass die AG Finanzen immer im Anschluss an den Ältestenrat erfolgt. Die letzten Ältestenräte waren immer sehr umfassend. Er ist gewillt, dass die AG Finanzen wieder öfters stattfinden.

Stadträtin Klarner interessiert, ob Parkplätze im Grundstück bei dem neu gebauten „betreuten Wohnen“ des DRK geplant sind.

Stadtbaumeister Ebert antwortet, dass nach der Bauordnung notwendige Stellplätze nachgewiesen werden müssen. Davon kann abgewichen werden, wenn an die Stadt ein Ausgleichsbeitrag für öffentliche Stellplätze bezahlt wird.

Stadtrat Plaumann fragt nach zum aktuellen Stand der Lage in der Pestalozzistraße.

Stadtbaumeister Ebert gibt Auskunft zum weiteren Vorgehen. Eine Geschwindigkeitsmessanlage (Seitenradar) wurde dort angebracht. Die Auswertung dazu besagt, dass circa 300 PKW und sieben LKW pro Tag dort entlangfahren. 85 Prozent der Verkehrsteilnehmer fahren dort mit einem Durchschnittstempo von 48 Km/h, das ist deutlich zu schnell. Die Parkordnung wird probeweise auf die andere Straßenseite verlegt, die Beschilderung erfolgte heute durch den Bauhof. Die gelbe Markierung im vorderen Bereich hat die Firma Tiepner übernommen. Im Rahmen dieser Umordnung erfolgt auch wieder eine Messung mit dem Seitenradar.

Stadtrat Plaumann findet die Umordnung der Parkordnung nicht zierführend. Er möchte wissen, warum die Parkordnung umgeändert wurde, obwohl diese Maßnahme in den vorherigen Sitzungen als nicht zielführend argumentiert wurde.

Stadtbaumeister Ebert sagt aus, dass er dazu mit der Verkehrsbehörde schon mehrmals Rücksprache gehalten hat. Gemeinsam mit dem Ordnungsamt, dem Bauamt und der Verkehrsbehörde wurde sich nun vorerst auf diese Maßnahme geeinigt. Diese bringt erst einmal die geringsten Eingriffe mit sich. Um etwas dauerhaft anzuordnen, braucht es eine Zahlengrundlage mit einer Sachgrundlage die sich belegen lässt.

Stadtrat Körner verlässt von 20:03 bis 20:07 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Plaumann möchte das Argument dafür wissen, dass als erste Maßnahme die Umordnung der Parkordnung zielführend sein soll.

Stadtbaumeister Ebert antwortet, dass die Fahrzeuge nicht auf dem Fußweg parken, dieser bleibt

frei. Außerdem ist der Fußweg vor der Schule abgesenkt, das ist auf der anderen Seite nicht der Fall. Das stellt ein Hindernis dar, den Fußweg zu überfahren. Die Polizei muss eine Geschwindigkeitsmessung vornehmen, um die zu schnell fahrenden PKW abzustrafen.

Stadtrat Plaumann gibt vor, dass ihm das unlogisch erscheint.

Stadtbaumeister Ebert erklärt es Stadtrat Plaumann noch einmal.

Stadtrat Eltermann erklärt, dass dort trotzdem Unfälle passieren werden. Er ist gegen eine Verlegung der Parkordnung auf die andere Straßenseite, das Problem würde so nur verlegt werden. Für ihn ist es nicht nachvollziehbar, warum dort nicht eine Einbahnstraßenregelung umgesetzt wird.

Stadträtin Albert informiert, dass Parken auf dem Fußweg nicht erlaubt. Das kann der Politeur abstrafen. Die PKW-Fahrer sind für ihr Fahrverhalten verantwortlich. Sie findet eine Einbahnstraßenregelung auch besser, aber die aktuelle Maßnahme findet sie vorerst auch in Ordnung. In den fließenden Verkehr kann die Stadtverwaltung nicht eingreifen, dazu zählen Verkehrsschilder und Einbahnstraßenänderungen.

Stadtrat Plaumann möchte wissen, für welchen Zeitraum der Versuchsaufbau angedacht ist. Der Fußweg ist eine städtische Angelegenheit.

Stadtbaumeister Ebert antwortet, dass die Anordnung für vier Wochen angeordnet ist.

Stadtrat Eltermann erinnert an den letzten Bau- und Planungsausschuss, wo entschieden wurde, eine Vor-Ort-Besichtigung mit den Stadträten durchzuführen. Die Maßnahme wurde ohne eine Besichtigung entschieden. Die parkenden PKW der Anwohner sind das Problem. Selbst die Fahrzeuge der Abfallentsorger nutzen den Gehweg zum Überfahren. Das Problem besteht seit 2012. Es wurde nichts unternommen, dort eine klare Regelung einzuführen.

Stadtbaumeister Ebert informiert, dass der Termin für die Ortsteilbesichtigung für Ende April angesetzt ist. Das Tiefbauamt war schon mehrmals in den Morgenstunden dort vor Ort. Eine Unfallstatistik von der Polizei liegt vor, in der diese Straße nicht als Unfallschwerpunkt dargestellt ist. In 2021 gab es keinen Unfall, in 2022 gab es einen Unfall (das war ein Blechschaden beim Ausparken), in 2023 wurde ein Spiegel abgefahren, in 2024 entstand ein kleiner Blechschaden beim Ausparken und in 2025 wurde noch kein Unfall registriert.

Stadtrat Eltermann sagt, dass die Gefahrensituationen nicht nur vor der Oberschule sind, sondern auch vor den anderen Schulen.

Stadtrat Hüttner wiederholt, dass dort polizeilich zur Verkehrserziehung kontrolliert werden muss. Nebenbei spült es auch Bußgelder in den Haushalt. Er findet es nicht sinnvoll, dort eine Baumaßnahme auf Kosten der Stadt zu finanzieren.

Stadtrat Fläschendräger sagt, dass die FOB-Fraktion eine kommunale Verkehrsplanung für Oelsnitz/Vogtl. fordert. Sollte die Verkehrsplanung nicht mehr mit in den aktuellen Haushalt eingeplant werden können, so wird dies in den kommenden Jahren nicht mehr möglich sein. Das Geld wird dafür nicht zur Verfügung stehen. Die FOB-Fraktion wird einen Antrag zum Haushalt in Kürze stellen. Ihn interessiert, wie hoch die aktuelle pro-Kopf-Verschuldung in Oelsnitz/Vogtl. ist.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass dies mit im aktuellen Haushalt auf Seite 36 steht. Die pro-Kopf-Verschuldung ist zum 31. Dezember 2024 611 Euro, zum 31. Dezember 2025 550 Euro, zum 31. Dezember 2026 645 Euro, zum 31. Dezember 2027 677,49 Euro und zum 31. Dezember 2028 627 Euro.

Stadtrat Fläschendräger fragt nach, ob das auf 10.140 Einwohner gerechnet ist. Er sagt, dass die Einwohnerzahlen wieder sinken werden, so dass die pro-Kopf-Verschuldung steigen wird. Er bestätigt die Aussage von Stadträtin Klarner und findet ebenfalls, dass die Schaufenster des ehemaligen Fischer-Kaufhaus nicht gut aussehen. Es gibt mehrere Straßenzüge in

Oelsnitz/Vogtl., die in einem schlechten Zustand sind. Er bringt Beispiele aus Karlsbad und von der Volkssolidarität, wie die Schaufenster besser gestaltet werden können.

Oberbürgermeister Horn berichtet von einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Gewerbeverbandes vom gestrigen Dienstag. Dort wurde von seitens der Verwaltung solche Ideen angesprochen, das wurde positiv gewertet.

Stadtrat Fläschendräger sagt, dass die Stadtverwaltung Oelsnitz/Vogtl. die Verwaltungsarbeit nicht den Gemeinden in Rechnung gestellt hat. Das ist begründet mit den hohen Einnahmen aus den Geschwindigkeitsmesslagen. Die Einnahmen dessen sind nun aber rückläufig und für ihn stellt sich die Frage, wie die Verwaltungsarbeiten in der Zukunft berechnet werden. Die Haushaltssituation ist prekär, kann auf die Einnahmen verzichtet werden.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt aus, dass es eine Gemeinschaftsvereinbarung gibt in der geregelt ist, wie die Verwaltungskostenumlage berechnet wird. Diese wird jedes Jahr neu berechnet. Dazu wird mit den Fachämtern gesprochen, wieviel Vollzeiteinheiten für die Verwaltungsgemeinschaften zuständig sind, das kommt in die Bemessungsgrundlage. Zurzeit wird noch keine Verwaltungskostenumlage erhoben. Er informiert, wenn eine Verwaltungskostenumlage erhoben wird, sieht der Haushalt der Gemeinden auch nicht gut aus.

Stadtrat Fläschendräger stimmt dem zu, sagt aber, dass das nicht das Vordergründige Problem der Stadt Oelsnitz/Vogtl. sein sollte. Andere Dinge sollten in Bezug auf die Gemeinden mit betrachtet werden. Er möchte die Problematik im nächsten Verwaltungs- und Finanzausschuss besprechen. Der Stadtrat hatte damals bei der Entscheidung keinerlei Einfluss.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel sagt, dass die Berechnung der Verwaltungskostenumlage hoch kompliziert ist. Er möchte das in digitaler Form den Stadträten zuarbeiten.

Stadtrat Fläschendräger wirft ein, dass er das gerne verstehen möchte, um dies in der Zukunft besser nachvollziehen zu können.

Oberbürgermeister Horn sagt aus, dass der Stadtrat und der Gemeinschaftsausschuss damals einen Empfehlungsbeschluss für die Umlagenberechnung gefasst hat. Er sagt, dass das in einem der nächsten Verwaltungs- und Finanzausschüsse ein Thema sein wird.

Stadtrat Fläschendräger fragt, wie die Auswertung der Stadtverwaltung des Winterdienstes ausgefallen ist. In der Vergangenheit gab es immer wieder Probleme. Er möchte wissen, ob das Salzlager in den aktuellen Hallen weiter genutzt werden können, wenn sich der Eigentümer des Geländes ändert.

Stadtbaumeister Ebert informiert, dass viel gesalzen wurde und es ein paar Schneeräumeinsätze gab. Die Stadtverwaltung ist aktuell mit dem Dienstleister zufrieden. Auch in der Bevölkerung war die Resonanz positiv. Die Stadtverwaltung möchte gerne erneut mit der Firma zusammenarbeiten und dies wird wieder ausgeschrieben.

Oberbürgermeister Horn antwortet zur Frage des Salzlagerstandortes und sagt, dass es dazu schon Überlegungen gibt. Perspektivisch muss das Salzlager den Standort am ACZ wechseln, weil die Firma Hofgut dort bauen möchte. Die Firma Hofgut wird rechtzeitig bekannt geben, wann ein Standortwechsel erfolgen muss.

Stadtrat Fläschendräger möchte wissen, ob die Pauschalen für die Ortschaften in 2025 weiter in den Haushalt eingepreist sind.

Oberbürgermeister Horn bestätigt, dass die 10.000 Euro weiter eingepreist sind.

Stadtrat Buze interessiert, wie hoch die Ausgaben sind, die den Gemeinden nicht in Rechnung gestellt werden.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel erklärt, dass es eine Vereinbarung gibt, wo bestimmte Erträge reinfließen. Die Aufwendung werden anhand einer bestimmten Kostensatzung angerechnet, wenn dabei in der Summe ein Fehlbetrag herauskommt, wird das an die Gemeinden umgelegt. Er möchte ihm die Berechnungsgrundlage für 2025 zuarbeiten.

Oberbürgermeister Horn stellt um 20:28 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

Die Sitzung wird für eine Pause bis 20:37 Uhr unterbrochen.

Nichtöffentlicher Teil

16 Information über die Beschaffung einer mobilen Geschwindigkeitsmessanlage

2025/931

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Hauptamtsleiter Schulz erklärt, dass die Stadt Oelsnitz/Vogtl. als Große Kreisstadt für die Kontrolle des fließenden Verkehrs zuständig ist. Sollte die Stadt nicht in der Lage sein, dies zu kontrollieren, kann diese Aufgabe an den Landkreis abgegeben werden. Wenn dies abgeben ist, lassen sich Kosten einsparen. Er informiert, dass eine Zusammenarbeit mit der Großen Kreisstadt Klingenthal, die er diesbezüglich angedacht hat, nicht zustande kommen. Der Großen Kreisstadt Klingenthal fehlt das Personal dazu, die mit der Technik umgehen können. In der Bürgermeisterdienstberatung in der letzten Woche wurde auch darauf gedrängt, dass vermehrt Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden sollen. Er erinnert, dass der Vertrag über die mobilen Geschwindigkeitsmessanlagen im nächsten Jahr ausläuft und drängt darauf, dass sich die Verwaltungsgemeinschaft spätestens im nächsten Jahr dazu Gedanken machen muss. Er bringt Beispiele, einer sinnvollen Umsetzung der Anlagen. Mit der Anschaffung eines mobilen Blitzerfahrzeugs kann dieses flexibel eingesetzt werden. Das ist eine große finanzielle Anschaffung für eine Stadt. Ihm ist wichtig, dass sich der Stadtrat noch einmal Gedanken über eine Anschaffung dessen macht. Er macht eine Hochrechnung für die Anschaffung eines solchen Fahrzeuges und sagt, dass die Kosten sich auf circa 6000 beziehungsweise 8000 Euro belaufen. Das heißt, dass dazu circa 200 beziehungsweise 266 Bußgelder mit jeweils 30 Euro Verwarngeld ausgestellt werden müssen, damit sich diese Anschaffung rechnet. Der Verkehrsüberwacher muss dabei an 365 Tagen im Jahr im Einsatz sein. Er informiert über die Verwaltungskostenumlage und sagt, dass laut Gemeinschaftsvereinbarung zu den Einnahmen auch die Blitzereinnahmen gehören. Hier hinzukommen auch die Gebühren vom Standesamt und vom Gewerbeamt. Ein Anspruch auf Umlage besteht nur, wenn es eine Differenz zu „unseren Lasten“ gibt. Wenn der Verkehrsüberwacher jeden Tag durch Geschwindigkeitsüberschreitungen Einnahmen erzielt, kommen diese hinzu. Herr Kiel wurde für das Kosten- und Leistungsrechnen in der Stadtverwaltung eingestellt und dieser hat die Auswertung zur Anschaffung eines mobilen Blitzers erstellt. Die Auswertung ist hiermit dem Stadtrat zur Verfügung gestellt. Er gibt Auskunft, dass das Fahrzeug bei der Firma Jenopitk bereitsteht, dass auch schon Initiativbewerbungen für die zu besetzende Stelle des Verkehrsüberwachers vorliegen und dass eine Absichtserklärung für eine Garage existiert.

Stadtrat Eltermann findet es eine gute Anschaffung. Das Fahrzeug wird sich amortisieren.

Stadtrat André Hüttner möchte wissen, ob bei den Personalkosten von 60.000 Euro Sonn- und Feiertagszuschläge schon mit enthalten sind. Außerdem interessiert ihn der Aktionsradius des Fahrzeugs. Er sagt aus, dass der Einsatz des Fahrzeugs sich rechnen wird. Er fragt, warum es ein VW Caddy ist, da dies zu den höherpreisigen Fahrzeugen gehört. Er möchte wissen, ob ein Rabatt ausgehandelt wurde.

Hauptamtsleiter Schulz bestätigt, dass die Zuschläge schon enthalten sind. Er erklärt, dass der Aktionsradius die Große Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. und die Gemeinden ist. Das Angebot hat die Stadtverwaltung von dem Dienstleister bekommen, mit dem die Stadtverwaltung schon lange zusammenarbeitet und dieser verbaut die Anlagen nur in VW ein. Er sagt aus, dass dies der Arbeitsplatz des Verkehrsüberwachers ist, dieser sollte angenehm sein, da dieser den ganzen Tag darin verbringt. Ebenfalls war es wichtig, dass das Fahrzeug in Deutschland produziert ist. Ein Rabatt wurde ausgehandelt.

Stadtrat Schlotterbeck betont, dass es den Stadträten in erster Linie um die Sicherheit gehen sollte, nicht nur um das Geld. Er sagt, dass der Einsatz des Fahrzeuges nur Sinn macht, wenn sowohl die Einsatzzeit, als auch die Einsatzorte unberechenbar sind. An den Schwerpunkten muss häufiger kontrolliert werden.

Stadtrat Buze findet, dass diese Anschaffung nicht zur Haushaltssituation passt. Er gibt zu bedenken, dass das Fahrzeug nach vier Wochen in der Stadt bekannt sei und somit ist dieses nicht mehr unberechenbar. Er sagt, dass es besser ist, mit einem externen Dienstleister zu arbeiten, so sein auch die Kosten besser für Stadt abschätzbar. Er ist der Meinung, dass ein Mitarbeiter dafür nicht ausreicht, dafür braucht es einen zweiten um jeden Tag abzudecken. Er hält das Ganze für nicht sinnvoll.

Stadtrat Goldstein interessiert, was ein Blitzeranhänger kosten würde.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel antwortet, dass der Anhänger 6.000 Euro netto pro Monat kostet.

Stadtrat Plaumann spricht die Kosten an, die für die Ausstattung des Caddys eingepreist sind. Er findet, dass die Kosten in Höhe von 60.000 Euro für Personal sportlich sind. Er sagt, dass das eine Investition von weit über 200.000 Euro ist und findet, dass das mit 30 Prozent überpreist ist.

Stadtrat André Hüttner sagt, dass dieses Fahrzeug unter den Oelsnitzer Bürgern bald bekannt ist, aber in Oelsnitz/Vogtl. gibt es einen großen Durchfahrverkehr, denen das Fahrzeug nicht bekannt ist.

Stadträtin Schröder hat Anregungen der Bürger erhalten mit den Aussagen, dass diese das Blitzerauto nicht als verkehrserzieherische Maßnahme sehen, sondern als Geldeintreibung. Sie fragt, in wieweit die Stadt Einfluss auf das Blitzen hat, wenn diese Aufgabe vom Landkreis übernommen wird.

Hauptamtsleiter Schulz wiederholt seine Aussage von Eingehen des Tagesordnungspunktes. Er sagt, dass Oelsnitz/Vogtl. bei Abgabe dieser Aufgabe keinen Einfluss mehr auf die Standorte des Blitzers hat. Ebenfalls sagt er, dass dies in Klingenthal so kommen wird.

Stadträtin Albert sagt, dass die Sicherheit an oberster Stelle stehen soll. Sie bringt Beispiele, wo es in der Stadt sinnvoll ist, dass Blitzerauto zu positionieren. Das wird sich mit der Zeit rechnen.

Oberbürgermeister Horn ergänzt, dass das Fahrzeug im gesamten Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft eingesetzt werden kann. Auch er bringt Beispiele, wo ein Einsatz sinnvoll ist.

Stadtrat Plaumann möchte wissen, wieviel Personal dafür eingeplant ist.

Hauptamtsleiter Schulz sagt, dass es mit einer Vollzeitstelle besetzt wird.

Stadtrat Plaumann antwortet dazu, dass er das zu wenig findet und der Gedanke einer Alternative überlegt werden sollte.

Stadtrat Eltermann ergänzt, dass das Fahrzeug im Haushalt 2024 schon eingeplant wurde und Haushaltsmittel dafür vorhanden sind. Über die Anschaffung muss jetzt nicht diskutiert werden. Er möchte wissen, ob Personal vom Ordnungsamt auch zur Besetzung des Fahrzeugs als Ergänzung genutzt werden kann.

Hauptamtsleiter Schulz gibt zu bedenken, dass der Verkehrsüberwacher auch langzeiterkranken und somit das Fahrzeug nicht besetzt sein könnte. Er informiert, dass einer von den fest installierten Blitzern eventuell umgesetzt werden muss, weil diese am Standort nicht mehr so effektiv sind. Dabei spricht er von der Hofer Straße.

Stadtrat Fläschendräger zitiert einen Bericht aus der Freien Presse vom 25. Januar 2024. „Die Stadt Oelsnitz/Vogtl. überlegt, ob sie einen mobilen Blitzer zum Einsatz in der Verwaltungsgemeinschaft kauft oder mietet. Das er kommt, steht fest. Der Bedarf ist festgestellt und der Blitzer im Haushaltsplan drin, sagte Hauptamtsleiter Hannes Schulz. Eichigt´s Vizebürgermeister Falk Geigenmüller hatte im Gemeinschaftsausschuss nachgefragt. In der Haushaltsberatung und per Wirtschaftlichkeitsberechnung wird geprüft, wie das Gerät angeschafft wird, sagte Kämmerer Torsten Stengel.“ Stadtrat Fläschendräger sagt, dass sich der Stadtrat seitdem mit diesem Thema befasst und die Mängellage ist seitdem unverändert. Der Ältestenrat steht zum Kauf des Fahrzeugs, weil die Notwendigkeit gegeben ist. Die Forderung der Bürgermeister aus den Gemeinden ist ein Einsatz des Fahrzeugs in der Verwaltungsgemeinschaft. Er gibt zu bedenken, dass ein Kauf des Fahrzeugs in der Zukunft teurer ist als eine Anschaffung zum jetzigen Zeitpunkt. Die Prognose für die Haushaltssituation in den nächsten Jahren lässt eine Anschaffung in der Zukunft nicht zu. Er sagt aus, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung in der Innenstadt seltenst eingehalten wird. Er drängt zu einer schnellen Entscheidung. Er hat eine Nachfrage zum Einsatz der stationären Blitzanlagen und erinnert sich an die Präsentation der Firma Jenoptik. Diese sagten aus, dass die Messanlagen aus den festen Gehäusen herausgenommen und in ein Fahrzeug eingesetzt werden können. Er möchte wissen, ob das möglich ist und bittet um Nachfrage bei der Firma Jenoptik.

Oberbürgermeister Horn informiert, dass dies hier lediglich der Information zum Kauf oder der Miete dient und keiner Entscheidung bedarf. Ein Kauf ist die bessere Option.

Hauptamtsleiter Schulz antwortet, dass die Messanlagen herausgenommen und gewechselt werden können. Die Messanlagen können auch außerhalt aufgebaut werden, aber dazu bedarf es den Einsatz eines Verkehrsüberwachers. Er nimmt die Anregung aber mit und gibt die Information weiter, sobald er diese eingeholt hat.

Stadträtin Schröder findet die Information von Hauptamtsleiter Schulz über die Unterschiede zwischen Kauf oder Miete gut.

Stadtrat Schlotterbeck möchte wissen, ob eine Entscheidung schon getroffen ist.

Oberbürgermeister Horn informiert, dass das Fahrzeug definitiv angeschafft wird.

Stadtrat André Hüttner schließt sich der Frage von Stadtrat Fläschendräger an. Es sollte geprüft werden, ob die festen Blitzer auch in ein Fahrzeug zum Einsatz kommen könnten. Es kann dadurch viel Geld eingespart werden.

Hauptamtsleiter Schulz ergänzt, dass die festen Blitzer in den Säulen untereinander umgesetzt werden können. Die Möglichkeit gibt es schon seit Anfang an.

Stadtrat Buze fragt, ob ein Blitzeranhänger auch betreuungsaufwendig ist und ob es Personal dafür bedarf.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel gibt Auskunft und sagt, dass der Anhänger zu einem Ort gefahren wird und dort alleine circa eine Woche steht. Anschließend wird dieser abgeholt und woanders eingesetzt, dazu bedarf es nur Personal für den Standortwechsel. Mit einem mobilen Blitzer ist eine Flexibilität besser gewährleitstet. Der Anhänger kann nur von der Firma Jenoptik gemietet werden. Das kostet 6.000 Euro netto pro Monat.

Stadtrat Eltermann fragt, ob die stationären Blitzer Eigentum der Stadt Oelsnitz/Vogtl. sind.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel informiert, dass es dazu ein Angebot der Firma Jenoptik gibt. Darin enthalten sind fünf Messeinheiten. Das sind drei Säulen in der Stadt, eine Säule in Eichigt und der neu angeschaffte mobile Blitzer. Wenn mehr Blitzanlagen gewollt sind, dann muss das Angebot neu ausgeschrieben werden.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass der Vertrag zwischen der Stadt Oelsnitz/Vogtl. und Jenoptik mit Verlängerungsoption ist, die Originallaufzeit sind fünf Jahre. Die Säulen haben der Stadt keine

Anschaffungskosten und keine Investitionskosten verursacht. Von jedem Blitzvorgang bekommt die Firma Jenoptik fünf Euro.

Stadträtin Schröder fragt nach, zur Möglichkeit der Versetzung der stationären Anlagen. Ist das zusätzlich zum Kauf des mobilen Blitzers oder als Alternative gedacht.

Hauptamtsleiter Schulz ergänzt, dass das als zusätzliche Variante angedacht ist. Vor Ablauf der fünf Jahre muss entschieden werden, wie es mit den Säulen weitergeht.

Stadtrat Fläschendräger stellt nicht die Sinnhaftigkeit der Blitzersäulen in Frage. Dazu gab es auch Probemessungen. Es sollten sogar weitere Säulen folgen, in der Talsperrenstraße und an der Plauenschen Straße. Er plädiert dafür, die festen Säulen beizubehalten und zwei weitere Säulen aufzustellen. Die Säulen verursachen keine Kosten.

Stadträtin Klarner fragt, ob Mitarbeiterkosten trotzdem anfallen, wenn die Anlagen nicht mehr von Jenoptik betreut werden.

Stadtrat Körner fügt hinzu, dass eine Umsetzung der Anlagen nicht so einfach funktioniert. Er informiert, wo ein Einsatz der Messanlage sein kann, dazu braucht es Zubehör. Ebenfalls muss feststehen, wo die Anlage eingesetzt werden soll. Ein ständiges Umsetzen dessen, funktioniert nicht. Er erklärt, wie die Technik genau funktioniert.
Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

17 Bekanntgaben der Verwaltung

Stadtbaumeister Ebert informiert über das Bauvorhaben „lebendiger Veranstaltungsort“ Vogtlandsporthalle und verliest folgendes: „Es gibt eine wesentliche Entwicklung hinsichtlich der Kostenkalkulation deren Auswirkung auf den Fördermittelantrag hat. Am 29. Juli 2024 wurde mit dem Architekturbüro Jens Taubert ein Architektenvertrag geschlossen, der unter anderem auch die Planung der technischen Ausrüstung für Heizung, Wasser und Abwasser umfasste. Diese Leistungen wurden durch das Büro Taubert an Herrn Dipl. Ing. Thomas Schneider weitergegeben. In der vom Büro Taubert vorgelegten Kostenschätzung vom 9. Dezember 2024 wurde für die Kostengruppe 410 Sanitärinstallation und 420 Heizungsinstallation wurden pauschale Gesamtkosten in Höhe von 234.192 Euro brutto ausgewiesen. Hierauf basierend erfolgte der Fördermittelantrag an die SAB. Im Rahmen des nachfolgenden Vergabeverfahrens gingen für das LOS 2 Heizung/Sanitär drei Angebote ein von denen das günstigste bei 489.135,55 Euro brutto lag. Die Abweichung beträgt somit 254.943,55 Euro und damit mehr als doppelte der ursprünglich veranschlagten Kosten und liegt deutlich außerhalb des in der Rechtsprechung anerkannten Toleranzrahmens für Kostenschätzung durch Architekten. Durch die fehlerhafte Kostenberechnung sind der Stadt möglicherweise Fördermittel entgangen. Wäre die zutreffende Kalkulation bereits in der Kostenschätzung Dezember 2024 enthalten gewesen, hätte der am 16. Dezember 2024 gestellte Fördermittelantrag einen höheren Förderbetrag absichern können. Nach der aktuellen Sachlage droht der Stadt ein Verlust in Höhe von 191.207,25 Euro an Fördermitteln. Zur Beurteilung der Rechtslage wurde die Anwaltskanzlei SchmuckDäumschen Leipzig beauftragt. Diese bestätigte, dass der Planer Schadensersatzpflichtig sein könnte. Der Rechtsanwalt Dr. Schmuck hat das Architekturbüro zur Anerkennung ihrer Ersatzpflicht für den entstandenen und drohenden Schaden bis zum 11. April 2025 aufgefordert. Parallel prüft das Bauamt, ob eine nachträgliche Erhöhung der Fördermittel realisierbar ist. Ein entsprechender Antrag an die SAB wurde gestellt. Wir bitten den Stadtrat, diese Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen. Über den weiteren Verlauf werden wir sie zeitnah informieren.“

Wirtschaftsförderer Wollmann informiert, über eine Anfrage eines Investors für das Gewerbegebiet „Am Bahnhof“. In Abstimmung mit der Landesdirektion Sachsen werden die freien Flächen immer quartalsweise beworben. Nach jedem Quartal wird erfasst, wieviel Interessensbekundungen es gab. So könnte die Liste später auch aufweichen, welches Gewerbe sich dort ansiedeln darf. Die Anfrage im ersten Quartal kam von der Spedition Körner aus Lottengrün. Diese könnten sich vorstellen, dort mit 7.000 bis 10.000 m² zu bauen. Was genau geplant ist, hat er noch nicht zugearbeitet bekommen.

Oberbürgermeister Horn informiert über den Stand der Verhandlungen zu den Mietverträgen im Haus der Vereine. In der kommenden Woche werden dazu Gespräche mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement stattfinden. Es gibt bekannt, dass für die Schlossgaststätte eine neue Ausschreibung angefertigt wurde. Dazu möchte er den Aufsichtsrat der Kultur GmbH und den Stadtrat informieren. Er fragt in die Runde, ob Interesse besteht, sich schon heute die Ausschreibung anzuschauen. Nach kurzer Diskussion wird die Ausschreibung im nächsten Bau- und Planungsausschuss und im Verwaltungs- und Finanzausschuss von Wirtschaftsförderer Wollmann präsentiert.

Stadträtin Klarner bittet darum, diese vorab per E-Mail zu erhalten.

Stadtrat Pinkes schlägt vor, dass ins Allris einzustellen, so hat jeder Stadtrat Einsicht darauf.

Hauptamtsleiter Schulz sagt, dass am 15. Februar 2025 ein Gespräch mit der Gleichstellungsbeauftragen Lippold stattfand. Dort wurde eine Verfahrensweise zu ihrer Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte festgelegt. Sie möchte weiterhin ihre Aufgaben wahrnehmen, dazu werden ihr weiterhin alle Unterlagen des Stadtrates und der Ausschüsse zur Verfügung gestellt. Damit hat sie die Möglichkeit zu bestimmten Sachverhalten Stellung zu nehmen. An Sitzungen wird sie aber vorerst weiterhin nicht teilnehmen können. Er informiert, dass seit dem 1. Januar 2025 das Gleichstellungsgesetz für den Freistaat Sachsen in Kraft getreten ist. Nachdem ist die Stadtverwaltung verpflichtet einen Gleichstellungsplan für die Verwaltung aufzustellen. Seit Ende des letzten Jahres ist die Stadtverwaltung dabei einen solchen Plan zu erstellen, insbesondere sind statische Daten auszuwerten. Es ist beabsichtigt, dass dieser Plan im Oktober oder November dieses Jahrs dem Stadtrat vorgelegt wird. Eine Beschlussfassung ist dafür gesetzlich nicht vorgesehen.

18 Anfragen und Anregungen der Stadträte

Stadtrat Goldstein sagt, dass vor einigen Jahren beschlossen wurde, dass die Kindergartenbeiträge dynamisch zu den Kosten ansteigen sollen. Die Differenz ist somit immer die gleiche, dass konnte aus dem Haushaltsplan nicht so entnehmen.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel antwortet, dass in den Erträgen und Aufwendungen die Kosten der städtischen Gebäude mit über die Betriebskosten anteilig umgelegt werden. Diese werden den Eltern nicht in Rechnung gestellt. Er sagt, dass die Betriebskosten jedes Jahr vom Schulamt errechnet werden und dadurch werden die neuen Beiträge festgelegt.

Stadtrat Goldstein fragt nach, ob in den Betriebskosten sind alle Kosten enthalten sind.

Der Leiter der Finanzverwaltung Stengel erklärt, dass eine Neusanierung nicht auf den Betriebskosten entfällt.

Stadtrat Pinkes regt an, dass sich die Stadträte untereinander im öffentlichen Teil der Sitzung mit „Sie“ anreden sollen. Im Nichtöffentlichen Teil hat er kein Problem damit.

Oberbürgermeister Horn beendet die Sitzung um 21:33 Uhr.